

Synopse: Autorenkorrekturen RPB

Bezirksregierung Köln



Hinweise: Änderungen können mit Hilfe der ID-Nummer den Änderungskarten Entfallende Festlegungen bzw. Neue Festlegungen und der Änderungssynopse Textliche Festlegungen entnommen werden; Nummerierung der Ziele und Grundsätze bezieht sich auf den Stand 1. Planentwurf (2021)

* Exportbedingt werden Umlaute und Sonderzeichen in der pdf-Datei nicht korrekt dargestellt.

* Änderungskarten und Änderungssynopse wurden in der 2. Beteiligung als zweckdienliche Unterlagen ausgelegt.



1013962, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung.

Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

1016370, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Änderung der zeichnerischen Festlegung aus redaktionellen Gründen.</p> <p>Die Festlegung ist bereits im Entwurf fehlerhaft. Die alte Festlegung einer Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Konkretisierung wurde im Rahmen des Entwurfs durch einen sonstigen regionalplanerisch bedeutsamen Schienenweg ersetzt. Sie hätte im Entwurf bereits gelöscht sein müssen.</p>	

1016477, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung auf Basis einer Aktualisierung von Grundlagendaten zu Talsperren:

Viele Stellungnahmen regen zusätzliche Talsperrenfunktionen an. Da Z.24 festlegt, dass solche Planungen und Maßnahmen im Vorranggebiet "Oberflächengewässer", zu denen auch die Talsperren und Stauanlagen gehören, ausgeschlossen sind, die mit den wasserwirtschaftlichen Funktionen nicht vereinbar sind, hat die Ergänzung der Funktionen weitreichende Folgen für die Raumnutzung. Da die Festlegung der wasserwirtschaftlichen Funktionen Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) ist, wurde diese um Aktualisierung gebeten. Die Regionalplanungsbehörde hat daraufhin im Einvernehmen mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung entschieden, dass für bestehende Talsperren/Stauanlagen nur die Funktionen in Tab. 2 in E 7 zu Z.25 aufgenommen werden bzw. verbleiben, die im Rahmen der Betriebserlaubnis der Talsperre/Stauanlage von der Fachplanung behördlich genehmigt wurden.

Anders als bei bestehenden Talsperren und Stauanlagen liegen für die im Entwurf des Regionalplans festgelegten Vorsorgebereiche als Standortoptionen für zukünftige Talsperren keine wasserwirtschaftlichen Betriebsgenehmigungen vor. In seinem Schreiben vom 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, dass der im aktuell rechtskräftigen Regionalplan dargelegte funktionale Zusammenhang der Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre mit dem Vorsorgebereich Naafbachtalsperre weiter fort gilt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wird die Wichtigkeit ihrer wasserwirtschaftlichen Funktionen bekräftigt. Daher werden in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 für die Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre die bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten Funktionen "Niedrigwasseraufhöhung" und "Hochwasserschutz" wiederaufgenommen, die Funktion "Trinkwassergewinnung" wird ergänzt. Für die Vorsorgebereiche Naafbachtalsperre und Prether-/Platißtalsperre wird die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung", wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten, für die Naafbachtalsperre wird die im rechtskräftigen Regionalplan festgelegte Funktion "Hochwasserschutz" ergänzt.

Auch wird die Tabelle der Talsperren in den textlichen Festlegungen zur Neuauaufstellung des Regionalplans Köln alphabetisch neu sortiert.

Zu den Details siehe die Änderungssynopse bezüglich der Tabelle 2 in Erläuterung 7 zu Ziel 25.

1016478, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung</p> <p>Der Begriff "geplante Talsperren" suggeriert, dass die Regionalplanungsbehörde Talsperren plant oder dass die Talsperren sogar schon geplant seien. Beides trifft nicht zu. Die Regionalplanungsbehörde sichert vielmehr mit den zeichnerisch als Oberflächengewässer festgelegten "Vorsorgebereichen Talsperren" Standortoptionen für zukünftige Talsperren vor entgegenstehenden Planungen und Maßnahmen. Die Begrifflichkeit "geplante Talsperren" wird entsprechend im gesamten Regionalplan umbenannt in "Vorsorgebereiche Talsperren".</p> <p>Details siehe in der Änderungssynopse sowie auch in der Autorenkorrektur ID 1016477.</p>	

1016918, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Z.35 Standorte für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe sichern wird gestrichen und die zeichnerischen Festlegungen entsprechend angepasst (s. Änderungssynopse und Änderungskarten). Auf eine Sicherung vorhandener Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe im Regionalplan Köln wird verzichtet.

Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der getroffenen Festlegungen mit Ziel 10.3-1 LEP NRW. Demnach ist Ziel 10.3-1 LEP NRW auch dann einschlägig, wenn eine erstmalige Aufnahme eines bestehenden Kraftwerkstandorts in den Regionalplan erfolgt. Die Festlegung der bestehenden aber erstmals im Regionalplan festgelegten Standorte Köln-Merheim, Köln-Südstadt und Bonn innerhalb des ASB ist demnach nicht LEP-konform. Darüber hinaus gibt es grundsätzlich keinen landesplanerischen Sicherungsauftrag, vorhandene Kraftwerkstandorte im Regionalplan festzulegen. Mit dem Verzicht auf die regionalplanerische Sicherung vorhandener Kraftwerksstandorte wird eine flexible Nutzung der GIB ermöglicht. Eine Sicherung kann sofern erforderlich auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Planung neuer Kraftwerksstandorte richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW.

1016934, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die textlichen Festlegungen und die Begründung werden korrigiert, damit das Plansymbol in den textlichen Festlegungen dem der Karte entspricht. Zudem werden kleinere redaktionelle Ergänzungen vorgenommen, um den Inhalt des Ziels klarer herauszustellen.</p>	

1017940, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt	
Streichung aufgrund der durchgeführten 36. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Köln: Festlegung als GIBz zur Transformation der Industrie im Rheinischen Revier auf Grundlage des §38a LPIG NRW.	

1018199, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Mit dem Ziel "*Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen*" werden Regelungen zum Verhältnis zwischen Regionalplan und sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe ergänzt, um die jeweiligen Festlegungen widerspruchsfrei aufeinander abzustimmen.

Innerhalb der im sachlichen Teilplans NR festgelegten BSAB und Reservegebiete gelten die Festlegungen des Regionalplans nur bedingt. Die Festlegungen des Teilplans NR (insb. BSAB nebst Rekultivierungszielen, Reservegebiete) haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Die räumlichen Abgrenzungen der im Teilplan NR festgelegten BSAB und Reservegebiete wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich übernommen.

Die Textlichen Festlegungen und Zeichnerischen Festlegungen werden entsprechend geändert (s. Änderungssynopse und Änderungskarte).

1018260, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt Änderung des Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung (KVBG).	

1018265, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die textlichen Festlegungen werden geändert (s. Änderungsynopse)</p> <p>Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der getroffenen Festlegungen mit Ziel 6.1-1 LEP NRW. Demnach kommt es im Hinblick auf die nicht-energetische Nachfolgenutzung der Kraftwerksstandorte Bergheim-Niederaußem und Eschweiler-Weisweiler auf die konkrete Nachfolgenutzung an. Bei einer Nachnutzung als Wohn- oder Gewerbestandort wäre bspw. eine Anrechnung auf den Bedarf erforderlich. Die Anrechnung dieser Flächen auf den Bedarf kann jedoch auch erst zu einem späteren Zeitpunkt (bei Umnutzung) erfolgen.</p>	

1020196, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung der zeichnerischen Festlegung auf Basis einer Aktualisierung von Grundlagendaten bzw. auf Basis der Festlegungssystematik.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

1021205, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Änderung als Konsequenz einer neuen, geänderten oder entfallenen textlichen Festlegung im Entwurf des Regionalplans Köln. Überführung der GIBz Starterstandort Strukturwandel im Rahmen der 1. Offenlage zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln - in den Kommunen Aldenhoven/Baesweiler, Bergheim, Eschweiler und Würselen - in GIBztransformation sichern und umsetzen auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW.</p> <p>Die Änderung der textlichen Ziele von einem GIBz Starterstandort Strukturwandel in ein GIBztransformation sichern und umsetzen wird auch in der geänderten zeichnerischen Festlegung des Regionalplans Köln nachvollzogen.</p>	

1021211, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung der zeichnerischen Festlegung aufgrund von Abstimmung zwischen Regionalplan und sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Rechtswirksam genehmigte Flächen, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB unterliegen dem Bestandsschutz.

Wurden rechtskräftige Abgrabungen bereits abgeschlossenen, gelten die festgelegten Rekultivierungsziele des Regionalplans. Der bisher gültige Regionalplan sicherte bereits regionalplanerisch Abgrabungsbereiche sowie die dazugehörigen Rekultivierungsziele. Im Einzelfall ist durch die bisherige abgeschlossene Inanspruchnahme des BSAB eine weiterführende regionalplanerische Sicherung nicht mehr erforderlich. Um die getroffenen Rekultivierungsziele die sich nur teilweise bereits in der Umsetzung befinden weiterhin regionalplanerisch sichern zu können, ist in diesen Fällen eine Ergänzung der Freiraumfestlegungen im Regionalplanentwurf erforderlich. Durch den Datenabgleich des Regionalplans mit dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe besteht somit das Erfordernis für einzelne Bereiche die Festlegung im Regionalplan zu ändern.

1022481, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Anpassung des Regionalplans Köln an dem sich in Verfahren befindlichen Braunkohleplan Hambach</p> <p>Die Wald- sowie BSN-Festlegung wird aufgrund des aktualisierten Braunkohleplan Hambach ergänzt.</p>	

1023121, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung an der Erläuterung der textlichen Festlegung zu Z.22 "Waldbereiche erhalten und entwickeln"

Die Änderung bezieht sich auf Punkt 4 der Erläuterung zu Z.22. Auf Grund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen in Form von höchstrichtlicher Rechtsprechung, wurde klar gestellt, dass bei Vorliegen einer Zumutbarkeitserwägungen durch textliche Festlegungen, Ziele nur noch die Funktion als Grundsatz der Raumordnung entfalten und damit lediglich zu berücksichtigen sind.

Die Zumutbarkeitserwägung würde bei der Formulierung: des bisherigen Ausgestaltung vorliegen, die Ausnahme nicht abschließend abgewogen sei. Um einer Zielfestlegung zu entsprechen, wurde entsprechend im vorliegenden Regionalplanentwurf die Ausnahmeregelung dezidiert ausgestaltet, um eine Nachvollziehbarkeit herzustellen und die Rahmenbedingen engen zu fassen. Siehe hierzu

1024236, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand ist eine Neuabgrenzung des GIB folgerichtig. Es soll verhindert werden, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1024422, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung auf Basis aktualisierter Siedlungsflächenreserven.

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Hückeswagen verfügt zwar noch über kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für gewerbliche und industrielle Siedlungsbereiche gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Jedoch ist gemäß der Zielfestlegung eine veränderte Abgrenzung des Siedlungsraums aufgrund weiterhin kommunal zur Verfügung stehender zusätzlicher Flächenpotentiale an anderer Stelle im Sinne des Zielfestlegung bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung folgerichtig.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1024425, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung auf Basis aktueller kommunaler Planungen und aktualisierter Siedlungsflächenreserven.

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand hier belegt durch eine geänderte Darstellung im Flächennutzungsplan ist eine zeichnerische Neuabgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig .

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt

1024972, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt	

Die Textliche und die Zeichnerische Festlegung werden geändert (s. Änderungssynopse und Änderungskarten).

Die Erweiterungen des GIB Lindlar-Horpe wurde bereits in der Vergangenheit interkommunal von den Gemeinden Lindlar und Engelskirchen geplant und umgesetzt. Obwohl zum Zeitpunkt der Planaufstellung die interkommunale Vereinbarung bereits geschlossen und das Flächennutzungsplanverfahren auf dem Weg war, ist keine Festlegung als GIBinterkommunal erfolgt. Dies wird mit der Änderung korrigiert.

1025008, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Wasserschutzgebiete werden als Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) für die Schutzzonen 1 bis 3A im Regionalplan festgelegt. Die Schutzzonen ab 3B werden als Erweiterte Einzugsgebiete in der Erläuterungskarte F9 zum Regionalplan abgebildet.

Aufgrund von Aktualisierungen der Abgrenzungen zu Wasserschutzgebieten (WSG) durch die Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) werden die folgenden Wasserschutzgebiete durch Neu-Abgrenzungen ersetzt und entsprechend der Schutzzonen als BGG und als Erweiterte Einzugsgebiete im Regionalplan bzw. der Erläuterungskarte F9 festgelegt / dargestellt:

1. Nachtigällchen und Mariaschacht

2. Kückhoven ab 2030

Das WSG Holzweiler wurde durch die Fachplanung aufgehoben und wird daher zukünftig weder im Entwurf des Regionalplans noch in der Erläuterungskarte F9 dargestellt.

Das geplante WSG Koslar-Barmen wurde durch die Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) neu abgegrenzt. Es wird entsprechend der Schutzzonen 1-3A als BGG im Regionalplan bzw. der Erläuterungskarte F9 festgelegt / dargestellt.

1025656, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt Änderung aufgrund redaktioneller Anpassung.	

1025696, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt	
Änderung als Konsequenz einer geänderten textlichen Festlegung im Entwurf des Regionalplans Köln (vgl. StnID 1005437, 1007385).	

1025824, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden daher zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen.</p>	

1026025, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt Änderung der zeichnerischen Festlegung auf Basis aktueller kommunaler oder sonstiger Planungen und Maßnahmen.	

1026028, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Für die Stadt Wassenberg besteht kein Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex).

Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1026030, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird auf Basis der Festlegungssystematik geändert (s. Änderungskarten). Entsprechend der Plankonzeption erfolgt eine bedarfsneutrale Festlegung von ASB.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1026033, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung als Siedlungsraum stehen zum Teil fachrechtliche Planungsdirektiven (festgesetzte Lärmschutzzonen) entgegen, sodass eine Neuabgrenzung des ASB in Geilenkirchen-Hünshoven folgerichtig ist.

Für die festgelegten Siedlungsbereiche gilt darüber hinaus, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung ein Sicherungserfordernis gilt, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

In Bezug auf die Festlegungen zum Schutz vor Fluglärm (LEP NRW) gilt, dass die Bauleitplanung der Gemeinden so gesteuert wird, dass neue Flächen und Gebiete mit überwiegender Wohnnutzung und schutzbedürftige Einrichtungen nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm möglichst in einem ausreichenden Abstand vom Gelände bestehender und geplanter Flugplätze ausgewiesen werden. Ergänzend sind die in Rechtsverordnungen festgesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen.

Um die Raumkonflikte im Umfeld der bestehenden Flughäfen vorsorgend zu minimieren, ist eine Steuerung der Siedlungsentwicklung erforderlich, deren räumlicher Umfang durch die Erweiterte Lärmschutzzone definiert wird. In diese Steuerung soll der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm frühzeitig einfließen. Regelungsgegenstand der Erweiterten Lärmschutzzone in Verbindung mit dem Grundsatz G. 61 *Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen* ist die kommunale Siedlungsentwicklung. Im Umfeld der bestehenden Flughäfen soll er möglichen Raumkonflikten vorsorgen. Der Grundsatz ist bei neu geplanten Flächen und Gebieten im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung anzuwenden.

1026034, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Stadt Geilenkirchen verfügt zwar noch über kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für gewerbliche und industrielle Siedlungsbereiche gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Jedoch ist im Sinne einer bedarfsgerechten Abgrenzung des Siedlungsraums aufgrund weiterhin kommunal zur Verfügung stehender zusätzlicher Flächenpotentiale an anderer Stelle eine Änderung der zeichnerischen Festlegung folgerichtig.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1026044, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die zeichnerische Festlegung des GIB in Heinsberg-Schleiden wird angepasst (s. Änderungskarte).

Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der getroffenen zeichnerischen Festlegung mit Ziel 6.3-3 LEP NRW. Demnach sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Auch handelt es sich nicht um eine Brachfläche i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW. Somit stehen der aktuellen zeichnerischen Festlegung des GIB landesplanerische Vorgaben entgegen.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Heinsberg noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Darüber hinaus besteht noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex).

Aufgrund des kommunalen Bedarfes bzw. des zusätzlichen Flex-Bedarfes, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht weiterhin ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

1026201, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Wasserschutzgebiete werden als Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) für die Schutzzonen 1 bis 3A im Regionalplan festgelegt. Die Schutzzonen ab 3B werden als Erweiterte Einzugsgebiete in der Erläuterungskarte F9 zum Regionalplan abgebildet.

Aufgrund von Aktualisierungen der Abgrenzungen zu Wasserschutzgebieten (WSG) durch die Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) werden die folgenden Wasserschutzgebiete durch Neu-Abgrenzungen ersetzt und entsprechend der Schutzzonen als BGG und als Erweiterte Einzugsgebiete im Regionalplan bzw. der Erläuterungskarte F9 festgelegt / dargestellt:

1. Wasserschutzgebiet Beeck
2. Wasserschutzgebiet Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath

1026247, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB), einschließlich der Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der Zukünftigen Überschwemmungsbereiche an der Erft (ZÜB), wurde entsprechend der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden Datengrundlagen zu Überschwemmungsgebieten aktualisiert.

Aufgrund der Veränderungen sind zwei als RÜB gekennzeichnete Bereiche gestrichen worden, da sich neue Festsetzungen bzw. eine vorläufige Sicherung mit den beiden als RÜB gekennzeichneten Bereichen überschneiden. Es handelt sich um eine Fläche nördlich von Weilerswist am Swistbach/Erft sowie eine Fläche in Erftstadt-Blessem. Entsprechend sind diese Bereiche nicht mehr rückgewinnbar und sowohl im Regionalplan als auch in der Erläuterungskarte F10 werden sie nur als ÜB festgelegt und dargestellt. Zwei weitere RÜB wurden zudem ergänzt. Es handelt sich um ein RÜB im Bereich Niederzier-Selhausen (siehe ID 1007842) und um ein RÜB im Bereich Hennef-Müschmühle (siehe ID 1004926).

1026270, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Es bestehen Bedenken hinsichtlich der geplanten Vorgehensweise, bis zur Aufstellung eines Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe - Festgesteine in einem separaten Verfahren, vollständig auf die Festlegung von BSAB für die Rohstoffgruppe Festgesteine zu verzichten. Ziel 9.2-1 des LEP NRW steht entgegen.

Da für die Rohstoffgruppe Festgesteine im Regierungsbezirk Köln derzeit kein Planerfordernis hinsichtlich der landesplanerisch vorgegebenen Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) besteht, bleiben die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des bestehenden Regionalplans zu Festgestein-BSAB von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine neuen regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem bestehenden Regionalplan werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung nachrichtlich dargestellt.

Die Textlichen Festlegungen und Zeichnerischen Festlegungen werden entsprechend geändert (s. Änderungssynopse und Änderungskarte).

1026274, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt Änderungen aufgrund der Stellungnahme der BImA zur Abgrenzung Standort Bundespolizei St. Augustin.	

1026297, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Ermittlung der Potentiellen Überflutungsbereiche ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Potentiellen Überflutungsbereiche bilden die "Überschwemmungsgebiete HQ100geschützt" der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten der Fachplanung. Die Potentiellen Überflutungsbereiche wurden entsprechend der neuen Datengrundlage der Fachplanung für den Regierungsbezirk Köln mit Stand Juni 2023 aktualisiert und in einer neuen Erläuterungskarte F11 (Potentielle Überflutungen) dargestellt. Damit sind die Potentiellen Überflutungsbereiche nicht mehr in der Erläuterungskarte F8 enthalten.

1026298, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Ermittlung der Bereiche, welche von einem extremen Hochwasser (HQextrem) betroffen sein können, ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Bereiche, welche von einem HQextrem betroffen sind, wurden entsprechend der neuen Datengrundlage der Fachplanung für den Regierungsbezirk Köln mit Stand Juni 2023 aktualisiert und in der Erläuterungskarte F8 (Extremhochwasser) dargestellt.

Die Potentiellen Überflutungsbereiche wurden ebenfalls entsprechend der neuen Datengrundlage der Fachplanung für den Regierungsbezirk Köln mit Stand Juni 2023 aktualisiert, sind aber nun in der neuen Erläuterungskarte F11 (Potentielle Überflutungen) dargestellt und nicht mehr in der Erläuterungskarte F8 enthalten.

1026299, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt	

Der Verlauf des Oberflächengewässers Schlichbach zwischen den Gemeinden Inden und Niederzier hat sich aufgrund des Tagebaus Inden geändert und der neue Gewässerverlauf wurde sowohl im Regionalplan als auch in der Erläuterungskarte F10 übernommen und festgelegt (siehe auch ID 1005021).

Der Verlauf des Oberflächengewässers Krauthausen-Jülicher-Mühlenteich in Jülich wurde im sowohl im Regionalplan als auch in der Erläuterungskarte F10 übernommen und festgelegt (siehe auch ID 1005021).

1026308, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung der textlichen Festlegung aufgrund redaktioneller Anpassung

Die Erläuterungskarte I3 - Mobilstationen wurde entwickelt, um eine Übersicht über die aus regionaler Sicht besonders geeigneten Standorte für die Errichtung von Mobilstationen darzustellen. Durch die dynamische Entwicklung im Themenbereich Mobilstationen ist die Erläuterungskarte I3 nicht mehr aktuell. Da aufgrund zahlreicher aktueller Planungen die Aktualität der Erläuterungskarte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Plans nicht gewährleistet werden kann, die ursprünglich vorgesehene Anstoßwirkung überholt ist und der Grundsatz G.56 nicht zwingend einer Erläuterungskarte bedarf, wird die Erläuterungskarte I3 mit dem zweiten Planentwurf nicht weiter fortgeschrieben und künftig entfallen (siehe auch StnID 1003063). Daher besteht folglich das Erfordernis einer redaktionellen Anpassung der textlichen Festlegung.

1026382, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Stadt Bornheim verfügt zwar über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten, jedoch besteht noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren (GIBflex).

Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIBflex.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1026383, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzung der textlichen und der zeichnerischen Festlegung sowie der Begründung um weitere Haltepunkte. Grund hierfür ist die Teilfortschreibung ?Weiterentwicklung des SPNV-Angebotes im Rheinland (Zielnetze 2032 und 2040)? im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Zweckverbandes go.Rheinland.</p>	

1026393, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die Formulierung des Zieles 24 sowie die Erläuterungen 2 und 3 im Entwurf zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln werden präzisiert. Oberflächengewässer erfüllen in der Regel mehr als eine Funktion, welche sowohl wasserwirtschaftliche Nutzungsfunktionen sowie Funktionen im Naturhaushalt sein können. Dies wurde entsprechend konkretisiert.</p>	

1026394, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die Formulierung des Zieles 26 sowie die Erläuterung 4 dazu wurden hinsichtlich der Orientierung des Ziels an der DVO und dem LEP NRW präzisiert. Die Definition des Zwecks zum Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer, welche der Wassergewinnung dienen oder zukünftig dienen sollen, sowie eine mögliche Inanspruchnahme, wurden konkretisiert.</p>	

1026401, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die Formulierung des Zieles 27 sowie die Erläuterung 6 dazu werden aufgrund fehlender Konkretisierungen in Bezug auf die Festlegungen des LEP NRW angepasst. Die Definition des vorbeugenden Hochwasserschutzes in der Zieldefinition sowie die Nennung von Gesetzen in der Erläuterung 6 wurden konkretisiert.</p>	

1026462, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die textlichen Festlegungen werden geändert (s. Änderungssynopse).

Die Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* sowie die weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G. 59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 68 *Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfallen.

Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden (s. LEP NRW 6.3-2 Grundsatz *Umgebungsschutz*, 10.3-3 Grundsatz *Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte*, Ziel 8.1-9 *Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen*, Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung*, Ziel 8.1-7 *Schutz vor Fluglärm*).

Die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG ist auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebot nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können.

1026685, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungspotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Aufgrund der neu ermittelte Extremhochwasser (HQextrem) an der Oberen Erft ergibt sich daher ein Rücknahmeerfordernis für den GIBflex in Erftstadt-Lechenich. Für die Stadt Erftstadt besteht folglich noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Diese werden nördlich des festgelegten GIB in Erftstadt-Lechenich verortet.

Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

1026689, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Textliche Festlegung Z.12 wird geändert (s. Änderungssynopse).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* im Rhein-Erft-Kreis.

Erftstadt verfügt zwar nicht über kommunalen Bedarf an zusätzlichen

Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*, jedoch erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine differenzierte Auswertung der vorliegenden teilregionalen Konzeptionen (hier: Industrie ? und Gewerbeflächenkonzept für den Rhein?Erft?Kreis). Diese begründet die Verortung weiterer regional bedeutsamer Standorte in bestimmten Teilregionen (hier: Rhein-Erft-Kreis) sowie daraus abgeleitet die Verteilung zusätzlicher regionaler Flächen bedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Für den Rhein-Erft-Kreis besteht daher ein Sicherungserfordernis für einen zusätzlichen Bereich für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (gemäß Z.12 *GIBregional sichern und umsetzen* und (Z. 5) *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen*) für den Südkreis. Zudem liegt die Flächengröße oberhalb der Eingangsgröße für den Rankingprozess (> 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region⁺-Wirtschaft).

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der bedarfsgerechten Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der geänderten Abgrenzung als GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

1026725, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Ergänzungen von Waldfestlegungen im Bereich der ehemaligen Kaserne Gürzenich und des ehemaligen Tanklagers bei Konzendorf.</p>	

1026815, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die textlichen Festlegungen werden geändert (s. Änderungsynopse)</p> <p>Ergänzung hinsichtlich der Berücksichtigung agrarstrukturell bedeutender Flächen in den Grunsatz-Formulierungen der Grundsätze 33 und 34. Die Gewichtung soll gestärkt werden und Bodenordnungsmaßnahmen als Instrument ergänzt werden.</p>	

1026819, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt Entfall wegen Redundanz zum LEP NRW.	

1026820, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
Inhalt Redaktionelle Änderung zwecks Klarstellung bzw. aufgrund einer Überarbeitung einer textlichen Festlegung an anderer Stelle.	

1026846, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die textlichen Festlegungen werden geändert (s. Änderungsynopse)</p> <p>Änderung aufgrund von Bedenken hinsichtlich des Konkretisierungsgrades des Ziel 18 des Regionalplanentwurfs Köln gegenüber der Ziel-Festlegung 7.1-5 LEP NRW. Demnach wären die Redundanzen zu groß und das regionalplanerische Ziel würde das Ziel 7.1-5 LEP NRW nicht ergänzen. Aus diesem Grunde wurde Ergänzungen vorgenommen, die dem Ziel 18 einen Mehrgehalt geben und dieses weiter konkretisiert. Unter Anderem wird die Verknüpfung mit Kapitel 2.1 "Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel" betont, sowie ein neuer Prüfauftrag an die nachfolgende Planungsebene formuliert. Darüber hinaus wurde in den Erläuterungen zu Ziel 18 und G 28 des Regionalplanentwurfs die Landschaftsplanung, als zuständiger Planungsträger, ergänzt.</p>	

1026868, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Der Grundsatz G.62 sowie die Erläuterung werden im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln konkretisiert und in Bezug auf die Festlegungen des LEP NRW weiterentwickelt.</p>	

1026873, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die zeichnerische Festlegung des ASBz P in Swisttal-Heimerzheim wird angepasst (s. Änderungskarte).</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur. Die Abgrenzung wird an die Darstellung des Flächennutzungsplans angepasst.</p>	

1027019, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Bedburg und Jülich.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an

Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Das Erfordernis für Flächendarstellungen mit überregionaler Relevanz wurde zudem für ausgewählte Standorte im Regierungsbezirk mit einer Mindestflächengröße von 55ha abgeleitet (vgl. hierzu die Ausführungen im Kapitel 3.3.2 der Begründung sowie zu Z.13 *GIBplus sichern und umsetzen*), konnte jedoch im ersten Planentwurf bedarfsgerecht zunächst nur mit 40ha zeichnerisch an drei Standorten verortet werden. Aufgrund der Auswertungen der Anregungen im Rahmen der ersten Offenlage erfolgt nun eine bedarfsgerechte Anpassung der zeichnerischen Festlegungen gemäß Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* unter Berücksichtigung bisher nicht absehbarer Inanspruchnahmen überregionaler Großansiedlungsprojekte für die digitale Transformation im Rheinischen Revier an den verbliebenen zwei GIBplus Standorten. Mit der veränderten zeichnerischen Festlegung werden die Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen aufgrund der besonderen Flächenqualität, der Lage und der verfügbaren Flächengröße gemäß der im Region + -Prozess abgeleiteten Mindestgröße bedarfsgerecht mit 55ha an den Standorten Bedburg und Jülich mit Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk festgelegt, die vor allem flächenintensiven Vorhaben oder Vorhaben mit besonderer Standortanforderung gemäß den Zielvorgaben vorbehalten sein sollen.

Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben.

1027296, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung der zeichnerischen Festlegung auf Grund einer neuen Rekultivierungsplanung eines genehmigten BSAB angrenzend an den Tagebau Hambach und dem Waldbereich Steinheide

Die Rekultivierungsplanung einer bereits genehmigten Abgrabung hat sich auf Grund einer erweiterten Inanspruchnahme geändert. Die Rekultivierungsplanung wird im Sinne der Leitentscheidung ausgestaltet und ist im Regionalplan Köln zu sichern. Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wird der hierfür in Betracht kommenden Bereich als BSN und Waldbereich festgelegt.

1027297, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Änderung der zeichnerischen Festlegung auf Grund eines Abgleichs mit den Festlegungen des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)

Der sachliche Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) steuert das Abgrabungsgeschehen für nichtenergetische Rohstoffe auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes. In den Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) werden die Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine konzentriert und die Rekultivierungsziele festgelegt.

Hier wurde in einem BSAB das Rekultivierungsziel geändert, so dass es zukünftig zu einer Verengung des angrenzenden Regionalen Grünzuges kommen könnte. Um die Funktionalität und die Durchgängigkeit des im Regionalplanentwurf festgelegten Regionalen Grünzuges zu erhalten, wird in Hinblick auf die Änderung des BSAB der Regionale Grünzug im vergleichbarem Maße angrenzend erweitert.

1027992, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Anpassung aufgrund Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE).</p>	

1029138, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1029195, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt. Im Randbereich der in Rede stehenden Fläche stehen der Festlegung als Siedlungsraum versehentlich - aufgrund einer vorgenommenen maßstabsbedingten Abrundung der zeichnerischen Festlegung - Raumwiderstände entgegen: hier BGG/WSZ II. Teilflächen im Randbereich sind im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als *Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz* festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten.

Hier gilt, dass die zeichnerische Festlegung entsprechend redaktionell geändert wird.

Im Übrigen gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung (gem. Z.26). Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige

Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.	
---	--

1030869, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)

Inhalt

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB), einschließlich der Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der Zukünftigen Überschwemmungsbereiche an der Erft (ZÜB), wurde entsprechend der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden Datengrundlagen zu Überschwemmungsgebieten aktualisiert.

1031060, Autorenkorrektur (Regionalplanungsbehörde)	
<p>Inhalt</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p>	